

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Vertrag vom 26. Februar 2008

zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen

über den Bau und die Instandhaltung von Grenzbrücken

in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von Schienenwegen des Bundes,

in der Republik Polen im Zuge von Eisenbahnstrecken mit staatlicher Bedeutung

A. Problem und Ziel

Nach Verhandlungen der beteiligten Regierungen wurde der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Bau und die Instandhaltung von Grenzbrücken im Rahmen eines Ministertreffens am 26. Februar 2008 in Frankfurt (Oder) unterzeichnet.

Der Vertrag regelt den Bau und die Instandhaltung von Grenzbrücken im Zuge von Schienenwegen des Bundes in der Bundesrepublik Deutschland, in der Republik Polen im Zuge von Eisenbahnstrecken mit staatlicher Bedeutung. Die betreffenden Brücken führen entweder über die Oder oder über die Lausitzer Neiße.

Im Rahmen des Vertrages wird der Bau bzw. die Instandhaltung der jeweiligen Grenzbrücke jeweils einem der Vertragspartner zugeordnet. Ziel ist es hierbei, klare Zuständigkeiten mit daraus folgenden einfacheren Verfahren zu erreichen.

B. Lösung

Durch den Gesetzentwurf sollen die nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Vertrages geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Der Bau der Grenzbrücke über die Oder zwischen Frankfurt (Oder) und Kunersdorf (Kunowice) bei Stromkilometer 580,640 obliegt gemäß Vertrag der Bundesrepublik Deutschland. Der Bau wird von der DB Netz AG als Bauherrin durchgeführt. Die hiermit in Zusammenhang stehenden zuwendungsfähigen Baukosten werden seitens des Bundes im Rahmen des Bundesschienenwegeausbaugesetzes finanziert. Die zusätzlichen Kosten entsprechen den eingesparten Kosten durch die Zuordnung des Baus der Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße an den polnischen Vertragspartner.

2. Vollzugaufwand

Kein zusätzlicher Vollzugaufwand

E. Sonstige Kosten

Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme und Auswirkungen auf Einzelpreise sowie auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten. Für die Wirtschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, entstehen keine Kosten.

Der Bau und die Instandhaltung der Eisenbahngrenzbrücken zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen verursacht Kosten bei den Eisenbahninfrastrukturunternehmen des Bundes. Die zusätzlichen Kosten entsprechen den eingesparten Kosten durch die Zuordnung des Baus der Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße an den polnischen Vertragspartner.

F. Bürokratiekosten

Es werden keine Informationspflichten für die Wirtschaft, für Bürger oder für die Verwaltung eingeführt.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 13. Oktober 2008

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 26. Februar 2008 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Bau und die Instandhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von Schienenwegen des Bundes, in der Republik Polen im Zuge von Eisenbahnstrecken mit staatlicher Bedeutung

mit Begründung und Vorblatt.

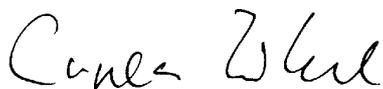
Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Abs. 1 NKRG ist als Anlage 2 beigelegt.

Der Bundesrat hat in seiner 848. Sitzung am 10. Oktober 2008 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf

Gesetz

**zu dem Vertrag vom 26. Februar 2008
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen
über den Bau und die Instandhaltung von Grenzbrücken
in der Bundesrepublik Deutschland
im Zuge von Schienenwegen des Bundes, in der Republik Polen
im Zuge von Eisenbahnstrecken mit staatlicher Bedeutung**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Frankfurt (Oder) am 26. Februar 2008 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Bau und die Instandhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von Schienenwegen des Bundes, in der Republik Polen im Zuge von Eisenbahnstrecken mit staatlicher Bedeutung, wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 23 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 in Verbindung mit Artikel 106 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil der Vertrag Regelungen über Steuern enthält, deren Aufkommen den Ländern oder Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 23 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Der Vertrag hat Auswirkungen auf den Haushalt des Bundes, da die Bundesrepublik Deutschland Kosten für Bau und Instandhaltung der ihr gemäß Anlage A und B des Vertrages zugeordneten Brücken übernimmt. Im Gegenzug übernimmt die Republik Polen Kosten für Bau und Instandhaltung der ihr zugeordneten Grenzbrücken.

Die auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden Kosten werden im Rahmen der geltenden Bestimmungen mit den für Schienenwegeinvestitionen zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln und mit Mitteln der Eisenbahninfrastrukturunternehmen des Bundes finanziert.

Der Vertrag hat keine Auswirkungen auf die Haushalte der Länder und Kommunen.

Kosten entstehen durch das Gesetz bei den Eisenbahninfrastrukturunternehmen des Bundes, jedoch weder bei mittelständischen oder sonstigen Unternehmen noch bei sozialen Sicherungssystemen.

Vor diesem Hintergrund sind Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, nicht zu erwarten.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über den Bau und die Instandhaltung von Grenzbrücken
in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von Schienenwegen des Bundes,
in der Republik Polen im Zuge von Eisenbahnstrecken mit staatlicher Bedeutung

Umowa
między Republiką Federalną Niemiec
a Rzeczpospolitą Polską
o budowie i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych
w ciągu federalnych linii kolejowych w Republice Federalnej Niemiec
i w ciągu linii kolejowych o znaczeniu państwowym w Rzeczypospolitej Polskiej

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Polen
im Weiteren „Vertragsparteien“ genannt –

in Übereinstimmung mit dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit,

in dem Bestreben, den Eisenbahnverkehr zwischen den beiden Staaten und den Durchgangsverkehr durch ihre Hoheitsgebiete zu erleichtern,

mit dem Ziel, die Grundsätze über den Bau und die Instandhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von Schienenwegen des Bundes, in der Republik Polen im Zuge von Eisenbahnstrecken mit staatlicher Bedeutung zu regeln –

sind wie folgt übereingekommen:

Abschnitt 1
Gegenstand des Vertrags

Artikel 1
Umfang des Vertrags

(1) Dieser Vertrag regelt die Grundsätze über den Bau und die Instandhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von Schienenwegen des Bundes, in der Republik Polen im Zuge von Eisenbahnstrecken mit staatlicher Bedeutung.

Republika Federalna Niemiec
i
Rzeczpospolita Polska,
zwane dalej „Umawiającymi się Stronami“,

działając zgodnie z Traktatem z dnia 17 czerwca 1991 r. między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy,

dążąc do ułatwienia ruchu kolejowego między obu Państwami oraz ruchu tranzytowego przez ich terytoria,

mając na celu uregulowanie zasad budowy i utrzymania granicznych obiektów mostowych zlokalizowanych w ciągu federalnych linii kolejowych w Republice Federalnej Niemiec i w ciągu linii kolejowych o znaczeniu państwowym w Rzeczypospolitej Polskiej,

uzgodniły, co następuje:

Rozdział 1
Przedmiot Umowy

Artykuł 1
Zakres Umowy

1. Niniejsza Umowa reguluje zasady budowy i utrzymania granicznych obiektów mostowych zlokalizowanych w ciągu federalnych linii kolejowych w Republice Federalnej Niemiec i w ciągu linii kolejowych o znaczeniu państwowym w Rzeczypospolitej Polskiej.

(2) Integraler Bestandteil dieses Vertrags sind die Anlagen A und B. Die Anlage A regelt, welcher Vertragspartei der Bau von Grenzbrücken obliegt, und die Anlage B regelt, welcher Vertragspartei die Instandhaltung der bestehenden Grenzbrücken obliegt.

Artikel 2 Begriffsbestimmungen

In diesem Vertrag haben die nachstehenden Begriffe folgende Bedeutung:

1. Der „Bau von Grenzbrücken“ umfasst Planung, Baudurchführung und Finanzierung zur Erneuerung der bestehenden Grenzbrücken und der zugehörigen Anlagen sowie zur Errichtung von neuen Grenzbrücken und der zugehörigen Anlagen.
2. Die „Instandhaltung von Grenzbrücken“ umfasst die Durchführung und Finanzierung aller Arbeiten zur Wartung, Inspektion und Instandsetzung der Grenzbrücken und der zugehörigen Anlagen. Dazu gehören alle Maßnahmen, die die ordnungsgemäße Nutzung der Grenzbrücken und deren entsprechenden technischen Stand unter Wahrung des sicheren Zustandes gewährleisten, ohne die wesentlichen Abmessungen und die statischen Verhältnisse zu verändern.
3. „Den Grenzbrücken zugehörige Anlagen“ sind der Oberbau, die Oberleitungsanlagen, Leit- und Sicherungseinrichtungen des Eisenbahnbetriebes, Telekommunikationsanlagen, Böschungen an den Rampen, Uferbefestigungen, Zufahrten, Entwässerungs- und Beleuchtungseinrichtungen, Schiffsfahrtszeichen sowie Leitwerke gegen Eisgang und Kollision mit Binnenschiffen im Bereich der Grenzbrücken.
4. Grenzbrücken sind in einem „sicheren Zustand“, wenn
 - a) keine Gefahr für die Standsicherheit beziehungsweise die Tragfähigkeit des Bauwerkes oder eines wesentlichen tragenden Bauteils der Brücke besteht,
 - b) keine Gefahr für die Abwicklung des Eisenbahnbetriebs von der Brücke ausgeht und
 - c) keine Gefahr für den Verkehr von Dritten oder die Mitarbeiter der Eisenbahninfrastrukturunternehmen von der Brücke ausgeht.
5. „Zuständige Eisenbahninfrastrukturunternehmen“ sind Unternehmen, die in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht der jeweiligen Vertragspartei mit dem Bau und der Instandhaltung der Grenzbrücken betraut sind und die Eisenbahninfrastruktur betreiben.

Abschnitt 2 Bau von Grenzbrücken

Artikel 3 Erneuerung und Neubau

Zum Zwecke der Verbesserung des grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehrs werden die Vertragsparteien im gegenseitigen Einvernehmen

- a) die in der Anlage A genannten Grenzbrücken im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und im Hoheitsgebiet der Republik Polen erneuern, wenn der technische Zustand der Brücken eine weitere Instandhaltung nicht mehr rechtfertigt,
- b) in begründeten Fällen vorhandene Grenzbrücken erweitern oder deren Tragfähigkeit erhöhen,

2. Integralną częścią niniejszej Umowy są Załączniki A i B. Załącznik A określa, która z Umawiających się Stron ma obowiązek budowy granicznych obiektów mostowych, a Załącznik B określa, która z Umawiających się Stron ma obowiązek utrzymania istniejących granicznych obiektów mostowych.

Artykuł 2 Definicje

W rozumieniu niniejszej Umowy następujące określenia oznaczają:

- 1) „budowa granicznych obiektów mostowych” – obejmuje projektowanie, realizację budowy i finansowanie w zakresie odbudowy istniejących granicznych obiektów mostowych i należących do nich urządzeń oraz w zakresie budowy nowych granicznych obiektów mostowych i należących do nich urządzeń;
- 2) „utrzymanie granicznych obiektów mostowych” – obejmuje realizację i finansowanie wszystkich prac w zakresie konserwacji, kontroli i naprawy granicznych obiektów mostowych i należących do nich urządzeń. Należą tu wszystkie działania zapewniające prawidłowe wykorzystanie granicznych obiektów mostowych i ich odpowiedni stan techniczny z zachowaniem stanu bezpiecznego bez zmiany istotnych wymiarów i statyki;
- 3) „urządzenia należące do granicznych obiektów mostowych” – są to nawierzchnia kolejowa, sieć trakcyjna, urządzenia sterowania i zabezpieczenia ruchu kolejowego, urządzenia telekomunikacyjne, skarpy nasypów, umocnienia brzegów, dojazdy, urządzenia odwadniające i oświetlenia, oznakowanie żeglugowe oraz urządzenia zabezpieczające przed wpływem lodu i kolizjami ze statkami żeglugi śródlądowej w rejonie granicznych obiektów mostowych;
- 4) „stan bezpieczny granicznych obiektów mostowych” ma miejsce, jeśli:
 - a) nie występuje zagrożenie dla stateczności lub nośności budowli albo istotnego elementu konstrukcji nośnej mostu,
 - b) most nie powoduje zagrożenia dla prowadzenia ruchu kolejowego,
 - c) most nie powoduje zagrożenia ani dla ruchu osób trzecich ani dla pracowników przedsiębiorstw infrastruktury kolejowej;
- 5) „właściwe przedsiębiorstwa infrastruktury kolejowej” – są to przedsiębiorstwa, którym zgodnie z prawem wewnętrznym danej Umawiającej się Strony powierzona jest budowa i utrzymanie granicznych obiektów mostowych i które zarządzają infrastrukturą kolejową.

Rozdział 2 Budowa granicznych obiektów mostowych

Artykuł 3 Odbudowa i budowa nowych granicznych obiektów mostowych

W celu usprawnienia transgranicznego ruchu kolejowego Umawiające się Strony będą we wzajemnym porozumieniu:

- a) odbudowywać graniczne obiekty mostowe wymienione w załączniku A, na terytorium Republiki Federalnej Niemiec i na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej, jeśli stan techniczny obiektów mostowych nie uzasadnia ich dalszego utrzymywania,
- b) w uzasadnionych przypadkach poszerzać istniejące graniczne obiekty mostowe lub podnosić ich nośność,

c) in begründeten Fällen neue Grenzbrücken bauen.

Artikel 4

Anwendung technischer Normen und Bauvorschriften

(1) Eine Grenzbrücke wird nach den geltenden technischen Normen und Bauvorschriften der nach Anlage A zuständigen Vertragspartei geplant, gebaut und abgenommen.

(2) Beim Bau einer Grenzbrücke sind das Europäische Übereinkommen vom 31. Mai 1985 über die Hauptlinien des internationalen Eisenbahnverkehrs (Übereinkommen AGC) und das Europäische Übereinkommen vom 1. Februar 1991 über wichtige Linien des internationalen Kombinierten Verkehrs und damit zusammenhängende Einrichtungen (Übereinkommen AGTC) sowie die Richtlinie 96/48/EG des Rates vom 23. Juli 1996 über die Interoperabilität des transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsbahnsystems und die Richtlinie 2001/16/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2001 über die Interoperabilität des konventionellen transeuropäischen Eisenbahnsystems zu berücksichtigen.

(3) Einzelne Bauteile der zugehörigen Anlagen der Grenzbrücken können nach den geltenden technischen Normen und Bauvorschriften der anderen Vertragspartei errichtet werden.

(4) Beim Bau einer Grenzbrücke ist die Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten und die Vereinbarung vom 11. April 2006 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Durchführung des Übereinkommens vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen zu berücksichtigen.

Artikel 5

Abnahme

(1) Die Abnahme der Grenzbrücken wird von den jeweils zuständigen Behörden der beiden Vertragsparteien in Anwesenheit von Vertretern der zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen und der bauausführenden Unternehmen vorgenommen.

(2) Die Abnahme von Grenzbrücken erfolgt nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, der der Bau der jeweiligen Grenzbrücke obliegt.

Artikel 6

Baukosten

(1) Die Kosten für den Bau einer Grenzbrücke trägt allein die nach Anlage A zuständige Vertragspartei.

(2) Die Bestandsunterlagen einer Grenzbrücke einschließlich des Anschlussbereiches der Brücke werden in dem zu deren Planung notwendigen Umfang dem zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen der anderen Vertragspartei auf seinen Antrag kostenlos zur Verfügung gestellt, insbesondere die Unterlagen über geodätische Messungen und Bodenuntersuchungen.

Artikel 7

Abstimmung

(1) Die zuständigen Behörden und Eisenbahninfrastrukturunternehmen der beiden Vertragsparteien arbeiten zwecks Abstimmung der den Bau der Grenzbrücken betreffenden technischen, betrieblichen und rechtlichen Fragen eng zusammen.

c) w uzasadnionych przypadkach budować nowe graniczne obiekty mostowe.

Artykuł 4

Stosowanie norm technicznych i przepisów budowlanych

1. Graniczny obiekt mostowy projektuje się, buduje i dokonuje jego odbioru zgodnie z obowiązującymi normami technicznymi i przepisami budowlanymi tej Umawiającej się Strony, która jest właściwa zgodnie z załącznikiem A.

2. Przy budowie granicznego obiektu mostowego należy uwzględniać Umowę Europejską o Głównych Międzynarodowych Liniach Kolejowych z dnia 31 maja 1985 roku (Umowa AGC) i Umowę Europejską o Ważniejszych Międzynarodowych Liniach Transportu Kombinowanego i Obiektach Towarzyszących z dnia 1 lutego 1991 roku (Umowa AGTC) oraz Dyrektywę Rady 96/48/WE z dnia 23 lipca 1996 roku w sprawie interoperacyjności transeuropejskiego systemu kolei dużych prędkości i Dyrektywę 2001/16/WE Parlamentu Europejskiego i Rady z dnia 19 marca 2001 roku o interoperacyjności transeuropejskiego systemu kolei konwencjonalnych.

3. Pojedyncze elementy konstrukcyjne urządzeń należących do granicznych obiektów mostowych mogą być wykonane według obowiązujących norm technicznych i przepisów budowlanych drugiej Umawiającej się Strony.

4. Przy budowie granicznego obiektu mostowego należy uwzględniać Dyrektywę Rady 85/337/EWG z dnia 27 czerwca 1985 r. o badaniu wpływu na środowisko określonych projektów publicznych i prywatnych oraz Umowę między Rządem Republiki Federalnej Niemiec i Rządem Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 11 kwietnia 2006 r. o realizacji Konwencji o ocenach oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym z dnia 25 lutego 1991 r.

Artykuł 5

Odbiór

1. Odbioru granicznych obiektów mostowych dokonują odpowiednio właściwe organy obu Umawiających się Stron w obecności przedstawicieli właściwych przedsiębiorstw infrastruktury kolejowej i przedsiębiorstw wykonujących budowę.

2. Odbioru granicznych obiektów mostowych dokonuje się zgodnie z prawem wewnętrznym tej Umawiającej się Strony, która ma obowiązek wybudowania danego granicznego obiektu mostowego.

Artykuł 6

Koszty budowy

1. Koszty budowy granicznego obiektu mostowego ponosi wyłącznie ta Umawiająca się Strona, która jest właściwa zgodnie z Załącznikiem A.

2. Istniejąca dokumentacja granicznego obiektu mostowego łącznie z obszarem związanym z mostem będzie w zakresie niezbędnym do projektowania granicznego obiektu mostowego bezpłatnie przekazana właściwemu przedsiębiorstwu infrastruktury kolejowej drugiej Umawiającej się Strony na jego wniosek, w szczególności dokumentacja dotycząca pomiarów geodezyjnych i badań gruntu.

Artykuł 7

Uzgodnienia

1. Właściwe urzędy i właściwe przedsiębiorstwa infrastruktury kolejowej obu Umawiających się Stron będą ściśle współpracowały ze sobą w celu uzgodnienia zagadnień technicznych, eksploatacyjnych i prawnych związanych z budową granicznych obiektów mostowych.

(2) Die zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen bei der Vertragspartei sind verpflichtet, die nach Artikel 19 eingerichtete Gemeinsame Arbeitsgruppe über den Fortgang der Arbeiten zum Bau der Grenzbrücken zu unterrichten.

Abschnitt 3

Instandhaltung von Grenzbrücken

Artikel 8

Gegenstand der Instandhaltung

(1) Die Instandhaltung bestehender Grenzbrücken einschließlich zugehöriger Anlagen im Sinne des Artikels 2 Nummer 2 und 3 obliegt der zuständigen Vertragspartei nach Anlage B.

(2) Eine nach diesem Vertrag neu gebaute Grenzbrücke wird von der Vertragspartei instand gehalten, der der Bau dieser Grenzbrücke obliegt. Die neu gebaute Grenzbrücke ist in die Anlage B aufzunehmen.

(3) Die zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen der beiden Vertragsparteien können schriftliche Absprachen über eine andere Zuordnung der Instandhaltungspflicht der den Grenzbrücken zugehörigen Anlagen treffen.

Artikel 9

Durchführung der Instandhaltung

(1) Die in Artikel 2 Nummer 2 genannten Arbeiten werden nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei durchgeführt, der die Instandhaltung der jeweiligen Grenzbrücke obliegt.

(2) Die Instandhaltungsarbeiten auf den Grenzbrücken und an den zugehörigen Anlagen werden so ausgeführt, dass sie den Eisenbahnverkehr auf den Grenzbrücken und deren Zulaufstrecken und den Schiffsverkehr auf den Flüssen so wenig wie möglich behindern. Es werden entsprechende Bedingungen für den Hochwasserabfluss und den Eisabfluss unter den Grenzbrücken während der Instandhaltungsarbeiten gewährleistet.

Artikel 10

Austausch von Unterlagen

Das zuständige Eisenbahninfrastrukturunternehmen der einen Vertragspartei übergibt kostenlos dem zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen der anderen Vertragspartei auf seinen Antrag hin einmalig eine Ausfertigung der in seinem Besitz befindlichen Unterlagen über die Grenzbrücken und zugehörigen Anlagen.

Artikel 11

Informationen über geplante Arbeiten

(1) Die zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen der beiden Vertragsparteien informieren sich gegenseitig über vorgesehene und planmäßige Instandhaltungsarbeiten an den Grenzbrücken und den zugehörigen Anlagen, spätestens sechs Monate vor Beginn der Arbeiten, sofern eine Einschränkung oder eine vorübergehende Einstellung des Eisenbahnverkehrs unvermeidbar ist.

(2) Sofern die in Absatz 1 genannten Arbeiten den Eisenbahnverkehr nicht einschränken, informieren sich die zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen gegenseitig spätestens zwei Wochen vor Beginn der Arbeiten.

Artikel 12

Kosten der Instandhaltung

Sämtliche Kosten im Zusammenhang mit der Instandhaltung von Grenzbrücken und den zugehörigen Anlagen trägt die nach

2. Właściwe przedsiębiorstwa infrastruktury kolejowej obu Umawiających się Stron zobowiązane są informować Wspólną Grupę Roboczą, powołaną zgodnie z artykułem 19, o postępie prac związanych z budową granicznych obiektów mostowych.

Rozdział 3

Utrzymanie granicznych obiektów mostowych

Artykuł 8

Przedmiot utrzymania

1. Utrzymanie istniejących granicznych obiektów mostowych łącznie z należącymi do nich urządzeniami, w rozumieniu artykułu 2 punkt 2 i 3, jest obowiązkiem właściwej Umawiającej się Strony zgodnie z załącznikiem B.

2. Nowy graniczny obiekt mostowy, wybudowany zgodnie z niniejszą Umową, będzie utrzymywany przez tę Umawiającą się Stronę, która ma obowiązek jego wybudowania. Nowo wybudowany graniczny obiekt mostowy należy wprowadzić do Załącznika B.

3. Właściwe przedsiębiorstwa infrastruktury kolejowej obu Umawiających się Stron mogą dokonywać pisemnych uzgodnień dotyczących innego podziału obowiązku utrzymania urządzeń należących do granicznych obiektów mostowych.

Artykuł 9

Realizacja utrzymania

1. Prace wymienione w artykule 2 punkt 2 będą wykonywane według prawa wewnętrznego tej Umawiającej się Strony, która ma obowiązek utrzymania danego granicznego obiektu mostowego.

2. Roboty związane z utrzymaniem na granicznych obiektach mostowych i na należących do nich urządzeniach będą wykonywane tak, aby możliwie jak najmniej utrudniały ruch kolejowy na granicznych obiektach mostowych i na liniach dojazdowych do nich oraz żeglugę na rzekach. W trakcie robót związanych z utrzymaniem będą zapewnione odpowiednie warunki dla przepływu wysokiej fali i spływu lodu pod granicznymi obiektami mostowymi.

Artykuł 10

Wymiana dokumentacji

Właściwe przedsiębiorstwo infrastruktury kolejowej jednej Umawiającej się Strony przekazuje właściwemu przedsiębiorstwu infrastruktury kolejowej drugiej Umawiającej się Strony na jego wniosek jednorazowo, bezpłatnie jeden egzemplarz posiadanej dokumentacji dotyczącej granicznych obiektów mostowych i należących do nich urządzeń.

Artykuł 11

Informowanie o planowanych robotach

1. Właściwe przedsiębiorstwa infrastruktury kolejowej obydwu Umawiających się Stron informują się wzajemnie o przewidywanych i zaplanowanych robotach związanych z utrzymaniem granicznych obiektów mostowych i należących do nich urządzeń, najpóźniej sześć miesięcy przed rozpoczęciem robót, jeśli nieuniknione jest ograniczenie lub tymczasowe wstrzymanie ruchu kolejowego.

2. Jeśli roboty wymienione w ustępie 1 nie ograniczają ruchu kolejowego, właściwe przedsiębiorstwa infrastruktury kolejowej informują się wzajemnie najpóźniej dwa tygodnie przed rozpoczęciem robót.

Artykuł 12

Koszty utrzymania

Wszelkie koszty związane z utrzymaniem granicznych obiektów mostowych i należących do nich urządzeń ponosi ta

Artikel 8 zuständige Vertragspartei.

Artikel 13

Durchführung von Prüfungen

(1) Die Vertreter der zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen führen an den von den Vertragsparteien instand zu haltenden Grenzbrücken Prüfungen nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vertragspartei durch, der die Instandhaltung der Grenzbrücke obliegt.

(2) Im Abstand von höchstens sechs Jahren führen die Vertreter der zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen der beiden Vertragsparteien an jeder Grenzbrücke und den zugehörigen Anlagen gemeinsame Begehungen mit ausführlichen Informationen über die Ergebnisse der letzten nach innerstaatlichem Recht durchgeführten Prüfungen durch. Das zuständige Eisenbahninfrastrukturunternehmen der einen Vertragspartei übergibt die Ergebnisse seiner Prüfungen zwei Wochen vor den vereinbarten gemeinsamen Begehungen der Grenzbrücken dem zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen der anderen Vertragspartei.

(3) Das zuständige Eisenbahninfrastrukturunternehmen, das mit der Instandhaltung der Grenzbrücke betraut ist, veranlasst die gemeinsame Begehung, fertigt ein Protokoll in deutscher und polnischer Sprache an und übergibt dieses unverzüglich dem zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen der anderen Vertragspartei.

(4) Aus besonderen Anlässen, wie unter anderem bei außergewöhnlichem Hochwasser, Eisgang, Schiffsstoß, müssen ebenfalls gemeinsame Begehungen durchgeführt werden. Zur Vorbereitung und zur Durchführung der Begehungen aus besonderen Anlässen ist das zuständige Eisenbahninfrastrukturunternehmen verpflichtet, das mit der Instandhaltung der jeweiligen Grenzbrücke betraut ist.

Abschnitt 4

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 14

Informationen

(1) Die jeweils zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen der Vertragsparteien informieren rechtzeitig die Ständige Deutsch-Polnische Grenzkommission über den Bau der Grenzbrücke sowie über beabsichtigte größere Arbeiten zur Instandhaltung der Grenzbrücke.

(2) Die jeweils zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen der Vertragsparteien informieren unverzüglich die jeweils örtlich zuständigen Grenzbehörden über die Vorbereitung und den Beginn des Baus und der Arbeiten zur Instandhaltung der Grenzbrücke.

Artikel 15

Betretungsrecht

(1) Personen dürfen zum Bau, zur Instandhaltung und für Prüfungen und Begehungen der Grenzbrücken die Staatsgrenze im Bereich der Baustellen oder der Grenzbrücken auch außerhalb zugelassener Grenzübergangsstellen unter Beachtung der jeweils geltenden innerstaatlichen Bestimmungen der Vertragsparteien überschreiten. Im Übrigen bleiben die geltenden aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen der Vertragsparteien unberührt.

(2) Das Erfordernis einer Erlaubnis, eine Beschäftigung beim Bau und der Instandhaltung der Grenzbrücke auszuüben, richtet sich auch für Tätigkeiten, die auf dem Hoheitsgebiet der jeweils

Umawiająca się Strona, która jest właściwa zgodnie z artykułem 8.

Artykuł 13

Przeprowadzanie badań

1. Przedstawiciele właściwych przedsiębiorstw infrastruktury kolejowej przeprowadzają badania na utrzymywanych przez Umawiającą się Stronę granicznych obiektach mostowych zgodnie z przepisami prawa wewnętrznego tej Umawiającej się Strony, która ma obowiązek utrzymania granicznego obiektu mostowego.

2. Najpóźniej co sześć lat przedstawiciele właściwych przedsiębiorstw infrastruktury kolejowej obu Umawiających się Stron przeprowadzają na każdym granicznym obiekcie mostowym i należących do niego urządzeniach wspólne oględziny wraz z dokładnym poinformowaniem o wynikach ostatnich badań przeprowadzonych zgodnie z prawem wewnętrznym. Właściwe przedsiębiorstwo infrastruktury kolejowej jednej Umawiającej się Strony przekazuje wyniki swoich badań właściwemu przedsiębiorstwu infrastruktury kolejowej drugiej Umawiającej się Strony dwa tygodnie przed uzgodnionymi wspólnymi oględzinami granicznych obiektów mostowych.

3. Właściwe przedsiębiorstwo infrastruktury kolejowej, któremu jest powierzone utrzymanie granicznego obiektu mostowego, zarządza wspólne oględziny, sporządza protokół w języku niemieckim i polskim oraz przekazuje go niezwłocznie właściwemu przedsiębiorstwu infrastruktury kolejowej drugiej Umawiającej się Strony.

4. Wspólne oględziny należy przeprowadzić również w szczególnych przypadkach, takich jak między innymi nadzwyczajnie wysoki stan wody, spływ lodu, uderzenie statku. Do przygotowania i przeprowadzenia oględzin wynikających ze szczególnych przypadków zobowiązane jest właściwe przedsiębiorstwo infrastruktury kolejowej, któremu jest powierzone utrzymanie danego granicznego obiektu mostowego.

Rozdział 4

Postanowienia ogólne

Artykuł 14

Informowanie

1. Właściwe w danym wypadku przedsiębiorstwa infrastruktury kolejowej Umawiających się Stron informują zawczasu Stałą Niemiecko-Polską Komisję Graniczną o budowie granicznego obiektu mostowego oraz zamierzonych większych robotach związanych z utrzymaniem granicznego obiektu mostowego.

2. Właściwe w danym wypadku przedsiębiorstwa infrastruktury kolejowej Umawiających się Stron informują niezwłocznie odpowiednio właściwe terytorialnie organy graniczne o przygotowaniu i rozpoczęciu budowy i robót związanych z utrzymaniem granicznego obiektu mostowego.

Artykuł 15

Prawo wstępu

1. Osobom udającym się w sprawach związanych z budową, utrzymaniem oraz badaniami i oględzinami granicznych obiektów mostowych zezwala się na przekraczanie granicy państwowej na obszarze placów budowy lub granicznych obiektów mostowych także poza dozwolonymi przejściami granicznymi, z uwzględnieniem odpowiednio obowiązujących przepisów prawa wewnętrznego Umawiających się Stron. Obowiązujące przepisy dotyczące prawa pobytu na terytorium Umawiających się Stron pozostają poza tym nienaruszone.

2. Wymóg zezwolenia na pracę przy budowie i utrzymaniu granicznego obiektu mostowego, również dla czynności wykonywanych na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, jest

anderen Vertragspartei ausgeübt werden, ausschließlich nach dem innerstaatlichen Recht derjenigen Vertragspartei, welcher nach Anlagen A und B die Ausführung der Arbeiten einschließlich der damit verbundenen Prüfungen und Begehungen obliegt.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, Personen, die aufgrund dieses Vertrags in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gelangt sind und die die Bestimmungen dieses Vertrags verletzt haben oder sich dort rechtswidrig aufhalten, jederzeit formlos zurückzunehmen.

(4) Einzelfragen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der Grenzbrücken werden von den örtlich zuständigen Grenzbehörden und den jeweils örtlich zuständigen Polizeibehörden einvernehmlich geregelt.

Artikel 16

Steuerrechtliche Regelungen

(1) Unabhängig vom tatsächlichen Verlauf der Staatsgrenze zwischen den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien werden der Baustellenbereich für die Grenzbrücke und nach ihrer Fertigstellung die Grenzbrücke selbst, soweit sie sich auf das Hoheitsgebiet der Republik Polen erstrecken, für die Anwendung des Mehrwertsteuerrechts der Republik Polen und des Umsatzsteuerrechts der Bundesrepublik Deutschland als Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland betrachtet, soweit es sich um Lieferungen von Gegenständen, um den innergemeinschaftlichen Erwerb von Gegenständen und um Dienstleistungen handelt, die für den Bau oder die Instandhaltung der Grenzbrücken nach Anlage A oder B bestimmt sind, wenn das mit dem Bau oder der Instandhaltung betraute zuständige Eisenbahninfrastrukturunternehmen seinen Sitz in der Bundesrepublik Deutschland hat.

(2) Unabhängig vom tatsächlichen Verlauf der Staatsgrenze zwischen den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien werden der Baustellenbereich für die Grenzbrücke und nach ihrer Fertigstellung die Grenzbrücke selbst, soweit sie sich auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erstrecken, für die Anwendung des Umsatzsteuerrechts der Bundesrepublik Deutschland und des Mehrwertsteuerrechts der Republik Polen als Hoheitsgebiet der Republik Polen betrachtet, soweit es sich um Lieferungen von Gegenständen, um den innergemeinschaftlichen Erwerb von Gegenständen und um Dienstleistungen handelt, die für den Bau oder die Instandhaltung der Grenzbrücken nach Anlage A oder B bestimmt sind, wenn das mit dem Bau oder der Instandhaltung betraute zuständige Eisenbahninfrastrukturunternehmen seinen Sitz in der Republik Polen hat.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für die Verwendung verbrauchssteuerpflichtiger Energieerzeugnisse und elektrischen Stroms, soweit dies gemeinschaftsrechtlich zulässig ist.

(4) Die zum Bau oder zur Instandhaltung von Grenzbrücken erforderlichen Waren unterliegen bei ihrem innergemeinschaftlichen Verbringen aus dem Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei keinen Verboten und Beschränkungen nach innerstaatlichem Recht.

(5) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden der Vertragsparteien verständigen sich und leisten einander jede notwendige Information und Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmungen in den Absätzen 1 bis 4. Die Vertreter dieser Behörden sind berechtigt, sich auf den Baustellen und auf den Grenzbrücken aufzuhalten und dort die Maßnahmen im Rahmen der Bestimmungen in den Absätzen 1 bis 4 zu treffen, die in ihren Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind.

(6) Die Regelungen der Absätze 1 und 2 berühren nicht den Vertrag vom 14. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze.

określony wyłącznie zgodnie z prawem wewnętrznym tej Umawiającej się Strony, która według Załączników A i B ma obowiązek wykonywania robót łącznie ze związanymi z tym badaniami i oględzinami.

3. Umawiające się Strony zobowiązują się do przyjmowania z powrotem bez formalności i w każdym czasie osób, które na podstawie niniejszej Umowy znalazły się na terytorium drugiej Umawiającej się Strony i naruszyły postanowienia niniejszej Umowy lub przebywają tam bezprawnie.

4. Szczegółowe sprawy związane z utrzymaniem bezpieczeństwa i porządku publicznego na obszarze granicznych obiektów mostowych są regulowane w porozumieniu przez właściwe terytorialnie organy graniczne i odpowiednio właściwe terytorialnie organy policji.

Artykuł 16

Regulacje podatkowe

1. W odniesieniu do stosowania prawa o podatku od towarów i usług Rzeczypospolitej Polskiej i prawa o podatku obrotowym Republiki Federalnej Niemiec, o ile dotyczy to dostaw towarów, usług oraz wewnątrzwspólnotowego nabycia towarów, przeznaczonych do budowy lub utrzymania granicznych obiektów mostowych zgodnie z Załącznikiem A lub B, jeśli właściwe przedsiębiorstwo infrastruktury kolejowej, któremu powierzona jest budowa lub utrzymanie, ma siedzibę w Republice Federalnej Niemiec, to niezależnie od rzeczywistego przebiegu granicy państwowej między terytoriami Umawiających się Stron, obszar budowy granicznego obiektu mostowego, a po jego wybudowaniu sam graniczny obiekt mostowy, o ile rozciąga się on na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej, traktuje się jako terytorium Republiki Federalnej Niemiec.

2. W odniesieniu do stosowania prawa o podatku obrotowym Republiki Federalnej Niemiec i prawa o podatku od towarów i usług Rzeczypospolitej Polskiej, o ile dotyczy to dostaw towarów, usług oraz wewnątrzwspólnotowego nabycia towarów, przeznaczonych do budowy lub utrzymania granicznych obiektów mostowych zgodnie z Załącznikiem A lub B, jeśli właściwe przedsiębiorstwo infrastruktury kolejowej, któremu powierzona jest budowa lub utrzymanie, ma siedzibę w Rzeczypospolitej Polskiej, to niezależnie od rzeczywistego przebiegu granicy państwowej między terytoriami Umawiających się Stron, obszar budowy granicznego obiektu mostowego, a po jego wybudowaniu sam graniczny obiekt mostowy, o ile rozciąga się on na terytorium Republiki Federalnej Niemiec, traktuje się jako terytorium Rzeczypospolitej Polskiej.

3. Ustępy 1 i 2 obowiązują odpowiednio w odniesieniu do wykorzystania produktów energetycznych i energii elektrycznej objętych podatkiem akcyzowym, o ile zezwala na to prawo wspólnotowe.

4. Towary potrzebne do budowy lub utrzymania granicznych obiektów mostowych nie podlegają żadnym zakazom i ograniczeniom, wynikającym z prawa wewnętrznego przy ich wewnątrzwspólnotowym wprowadzaniu z terytorium jednej Umawiającej się Strony na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

5. Właściwe organy podatkowe i celne Umawiających się Stron będą się porozumiewać i przekazywać sobie wszelkie niezbędne informacje i świadczą pomoc przy stosowaniu swych przepisów prawnych i administracyjnych w ramach postanowień zawartych w ustępach 1–4. Przedstawiciele tych organów mają prawo do przebywania na placach budowy i na granicznych obiektach mostowych i podejmowania tam środków w ramach postanowień ustępów 1–4, które są przewidziane w ich przepisach prawnych i administracyjnych.

6. Uregulowania ustępów 1 i 2 nie naruszają Traktatu między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o potwierdzeniu istniejącej między nimi granicy z dnia 14 listopada 1990 roku.

(7) Dieser Vertrag berührt nicht die Bestimmungen des Abkommens vom 14. Mai 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen in seiner jeweils gültigen Fassung.

Artikel 17

Datenschutz

Unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts jeder Vertragspartei erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im Weiteren Daten genannt, im Rahmen dieses Vertrags nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle der anderen Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur zu den in diesem Vertrag bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zur Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Sie ist verpflichtet, die Daten unverzüglich zu berichtigen oder zu löschen.
4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über ihren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen auf Auskunftserteilung nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
5. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung der Daten auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssten. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
6. Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass jede Übermittlung und jeder Empfang der Daten aktenkundig gemacht wird.
7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 18

Arbeitsrechtliche Regelungen

Bei der Tätigkeit von beteiligten Personen beim Bau und der Instandhaltung der Grenzbrücken finden die innerstaatlichen arbeitsrechtlichen Rechtsvorschriften entsprechend Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom

7. Niniejsza Umowa nie narusza postanowień obowiązującej Umowy między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską w sprawie unikania podwójnego opodatkowania w zakresie podatków od dochodu i od majątku z dnia 14 maja 2003 roku w jej aktualnie obowiązującej wersji.

Artykuł 17

Ochrona danych osobowych

Przekazywanie i wykorzystanie danych osobowych, zwanych dalej danymi, w ramach niniejszej Umowy odbywa się z uwzględnieniem prawa wewnętrznego każdej z Umawiających się Stron, zgodnie z następującymi postanowieniami:

- 1) jednostka otrzymująca dane informuje na wniosek jednostkę przekazującą drugiej Umawiającej się Stronie o wykorzystaniu przekazanych danych i o osiągniętych w związku z tym wynikach;
- 2) wykorzystanie danych przez jednostkę otrzymującą dozwolone jest tylko do celów określonych w niniejszej Umowie i na warunkach podanych przez jednostkę przekazującą. Ponadto ich wykorzystanie dozwolone jest dla zapobiegania poważnym przestępstwom i dla ich ścigania oraz w celu obrony przed poważnymi zagrożeniami bezpieczeństwa publicznego;
- 3) jednostka przekazująca ma obowiązek zwracać uwagę na prawidłowość przekazywanych danych oraz konieczność i współmierność odpowiednio do zamierzonego celu ich przekazania. Należy przy tym uwzględniać zakazy przekazywania danych obowiązujące zgodnie z odpowiednim prawem wewnętrznym. Nie przekazuje się danych, gdy jednostka przekazująca ma podstawy przypuszczać, że byłoby to sprzeczne z celem prawa wewnętrznego lub naruszyłoby chronione interesy zainteresowanych osób. W wypadku przekazania niewłaściwych danych lub danych, których nie wolno było przekazywać, należy bezzwłocznie poinformować jednostkę otrzymującą. Jest ona zobowiązana niezwłocznie dane te poprawić lub usunąć;
- 4) na wniosek zainteresowanej osoby należy ją poinformować o posiadanych danych, które jej dotyczą, oraz o przewidywanym celu ich wykorzystania. Można odmówić udzielenia takiej informacji, jeśli interes państwowy związany z nieudzieleniem informacji przeważa nad interesem wnioskodawcy. Poza tym prawo zainteresowanej osoby do otrzymania informacji zgodne jest z prawem wewnętrznym tej Umawiającej się Strony, na której terytorium składa się wniosek o informację;
- 5) jednostka przekazująca przy przekazywaniu danych podaje przewidziane w prawie wewnętrznym terminy ich przechowywania, po upływie których muszą one być usunięte. Niezależnie od tych terminów należy usunąć przekazane dane, gdy nie są już potrzebne do celu, dla którego zostały przekazane;
- 6) jednostka przekazująca i jednostka otrzymująca zapewniają zarejestrowanie każdego przekazania i każdego otrzymania danych;
- 7) jednostka przekazująca i jednostka otrzymująca mają obowiązek chronić skutecznie przekazane dane przed nieuprawnionym dostępem, nieuprawnioną zmianą i nieuprawnionym podaniem do wiadomości.

Artykuł 18

Regulacje dotyczące prawa pracy

Do czynności osób uczestniczących w budowie i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych stosuje się wewnętrzne przepisy prawa pracy obowiązujące na terytorium tej Umawiającej się Strony, na którym wykonywane są te czynności, zgodnie z

16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen Anwendungen, die auf dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei gelten, auf dem die Tätigkeiten ausgeführt werden.

Artikel 19

Gemeinsame Arbeitsgruppe

(1) Es wird eine deutsch-polnische Gemeinsame Arbeitsgruppe gebildet, der insbesondere die Aufgabe obliegt, die Einhaltung der Bestimmungen dieses Vertrags sicherzustellen, Fragen zur Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags zu klären und gegebenenfalls den Vertragsparteien Vorschläge zur Änderung dieses Vertrags zu unterbreiten.

(2) Die Gemeinsame Arbeitsgruppe besteht aus Vertretern der für Verkehr zuständigen Ministerien sowie aus Vertretern der zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen der Vertragsparteien. Die Mitglieder der Gemeinsamen Arbeitsgruppe werden die Vertragsparteien nach Unterzeichnung dieses Vertrags benennen. Die Vorsitzenden der Gemeinsamen Arbeitsgruppe sind Vertreter der für Verkehr zuständigen Ministerien der Vertragsparteien.

(3) Die Gemeinsame Arbeitsgruppe unterbreitet den Vertragsparteien Vorschläge für die Zuordnung der Grenzbrücken in den Anlagen A und B. Dabei soll so weit wie möglich berücksichtigt werden, dass das Verhältnis der von jeder Vertragspartei jeweils zu bauenden und instand zu haltenden Grenzbrücken dem Verhältnis der diesbezüglichen Brückenflächen auf den jeweiligen Hoheitsgebieten entspricht.

(4) Jeder Vorsitzende der Gemeinsamen Arbeitsgruppe kann durch Ersuchen an den jeweils anderen Vorsitzenden zu einer Sitzung einberufen. Die Sitzung soll spätestens einen Monat nach Eingang des Ersuchens stattfinden.

(5) Die Gemeinsame Arbeitsgruppe kann zu ihren Sitzungen Experten einladen.

(6) Die Gemeinsame Arbeitsgruppe fasst ihre Vorschläge in gegenseitigem Einvernehmen.

Abschnitt 5

Schlussbestimmungen

Artikel 20

Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen von der zu diesem Zweck nach Artikel 19 eingerichteten Gemeinsamen Arbeitsgruppe in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der Vertragsparteien gelöst werden. Falls keine Einigung zustande kommt, kann der diplomatische Weg genutzt werden.

Artikel 21

Geltungsdauer

Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer fünfjährigen Kündigungsfrist zum Ablauf eines Kalenderjahres schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden, jedoch nicht früher als 20 Jahre ab dem Tage seines Inkrafttretens.

Artikel 22

Änderung der Anlagen

Änderungen und Ergänzungen der Anlagen zu diesem Vertrag nach den Vorschlägen der Gemeinsamen Arbeitsgruppe nach Artikel 19 werden im Wege eines diplomatischen Notenwechsels durchgeführt.

Dyrektywą 96/71/WE Parlamentu Europejskiego i Rady z dnia 16 grudnia 1996 r. o delegowaniu pracowników w ramach świadczenia usług.

Artykuł 19

Wspólna Grupa Robocza

1. Tworzy się niemiecko-polską Wspólną Grupę Roboczą, która ma szczególnie za zadanie zapewnienie przestrzegania postanowień niniejszej Umowy, wyjaśnianie spraw związanych z interpretacją lub stosowaniem niniejszej Umowy i ewentualnie przedstawianie Umawiającym się Stronom propozycji zmian do niniejszej Umowy.

2. Wspólna Grupa Robocza składa się z przedstawicieli ministerstw właściwych do spraw transportu oraz przedstawicieli właściwych przedsiębiorstw infrastruktury kolejowej Umawiających się Stron. Członków Wspólnej Grupy Roboczej wyznaczają Umawiające się Strony po podpisaniu niniejszej Umowy. Przewodniczącymi Wspólnej Grupy Roboczej są przedstawiciele ministerstw właściwych do spraw transportu Umawiających się Stron.

3. Wspólna Grupa Robocza przedstawia Umawiającym się Stronom propozycje dotyczące przyporządkowania granicznych obiektów mostowych w Załącznikach A i B. Należy przy tym w miarę możliwości przestrzegać, by stosunek budowanych i utrzymywanych przez każdą z Umawiających się Stron granicznych obiektów mostowych odpowiadał stosunkowi odpowiednich powierzchni obiektów mostowych na terytorium każdej z Umawiających się Stron.

4. Każdy z przewodniczących Wspólnej Grupy Roboczej może zwołać posiedzenie składając wniosek do drugiego przewodniczącego. Posiedzenie powinno się odbyć najpóźniej w ciągu miesiąca od otrzymania wniosku.

5. Wspólna Grupa Robocza może na swoje posiedzenia zapraszać ekspertów.

6. Wspólna Grupa Robocza przyjmuje propozycje we wzajemnym porozumieniu.

Rozdział 5

Postanowienia końcowe

Artykuł 20

Różnice zdań

Różnice zdań dotyczące interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy powinny być rozwiązywane przez utworzoną w tym celu, zgodnie z artykułem 19, Wspólną Grupę Roboczą w ścisłej współpracy z właściwymi organami Umawiających się Stron. W wypadku nieosiągnięcia porozumienia może być wykorzystana droga dyplomatyczna.

Artykuł 21

Okres obowiązywania

Niniejszą Umowę zawiera się na czas nieokreślony. Może ona zostać wypowiedziana przez każdą z Umawiających się Stron w drodze notyfikacji z zachowaniem pięcioletniego terminu wypowiedzenia na koniec roku kalendarzowego, jednakże nie wcześniej niż 20 lat od daty jej wejścia w życie.

Artykuł 22

Zmiana załączników

Zmiany i uzupełnienia Załączników do niniejszej Umowy zgodnie z propozycjami Wspólnej Grupy Roboczej, o której mowa w artykule 19, będą dokonywane w drodze wymiany not dyplomatycznych.

Artikel 23
Inkrafttreten

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Zum Zwecke eines frühestmöglichen Beginns des Baus der Grenzbrücken sowie einer Verbesserung des Erhaltungszustandes der Grenzbrücken kommen die Vertragsparteien überein, dass die Bestimmungen dieses Vertrags vom Tag seiner Unterzeichnung an nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts vorläufig angewendet werden.

(4) Die Registrierung dieses Vertrages beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der deutschen Vertragspartei veranlasst. Die polnische Vertragspartei wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Geschehen zu Frankfurt (Oder) am 26. Februar 2008 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artykuł 23
Wejście w życie

1. Niniejsza Umowa podlega ratyfikacji; dokumenty ratyfikacyjne zostaną wymienione w możliwie najkrótszym terminie.

2. Niniejsza Umowa wchodzi w życie w pierwszym dniu drugiego miesiąca po wymianie dokumentów ratyfikacyjnych.

3. W celu jak najwcześniejszego rozpoczęcia budowy granicznych obiektów mostowych i poprawienia stanu utrzymania granicznych obiektów mostowych Umawiające się Strony uzgadniają, że postanowienia niniejszej Umowy będą stosowane prowizorycznie od dnia jej podpisania, zgodnie z prawem wewnętrznym danej Umawiającej się Strony.

4. Rejestracji niniejszej Umowy w Sekretariacie Organizacji Narodów Zjednoczonych zgodnie z artykułem 102 Karty Narodów Zjednoczonych dokona niezwłocznie po jej wejściu w życie Umawiająca się Strona niemiecka. Umawiająca się Strona polska zostanie poinformowana o dokonanej rejestracji z podaniem numeru rejestracyjnego ONZ, gdy tylko rejestracja zostanie potwierdzona przez Sekretariat Organizacji Narodów Zjednoczonych.

Sporządzono we Frankfurcie nad Odrą dn. 26 lutego 2008 r. w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwie teksty mają jednakową moc.

Für die Bundesrepublik Deutschland
W imieniu Republiki Federalnej Niemiec

Heinrich Tiemann
W. Tiefensee

Für die Republik Polen
W imieniu Rzeczypospolitej Polskiej

Grabarczyk

Anlage A
zum Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über den Bau und die Instandhaltung von Grenzbrücken
in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von Schienenwegen des Bundes,
in der Republik Polen im Zuge von Eisenbahnstrecken mit staatlicher Bedeutung

Załącznik A
do Umowy
między Republiką Federalną Niemiec
a Rzeczpospolitą Polską
o budowie i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych
w ciągu federalnych linii kolejowych w Republice Federalnej Niemiec
i w ciągu linii kolejowych o znaczeniu państwowym w Rzeczypospolitej Polskiej

Die Vertragsparteien sind wie folgt übereingekommen:

1. Der deutschen Vertragspartei obliegt der Bau folgender Grenzbrücken:
Grenzbrücke über die Oder zwischen Frankfurt (Oder) und Kunersdorf (Kunowice) bei Stromkilometer 580,640.
2. Der polnischen Vertragspartei obliegt der Bau folgender Grenzbrücken:
Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße zwischen Horka und Kohlfurt (Węglińiec) bei Stromkilometer 130,470.

Umawiające się Strony uzgodniły, co następuje:

1. Umawiająca się Strona niemiecka ma obowiązek budowy następujących granicznych obiektów mostowych:
most graniczny przez Odrę między Frankfurtem nad Odrą i Kunowicami na 580,640 km prądu rzeki.
2. Umawiająca się Strona polska ma obowiązek budowy następujących granicznych obiektów mostowych:
most graniczny przez Nysę Łużycką między Horką i Węglińcem na 130,470 km prądu rzeki.

Anlage B
zum Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über den Bau und die Instandhaltung von Grenzbrücken
in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von Schienenwegen des Bundes,
in der Republik Polen im Zuge von Eisenbahnstrecken mit staatlicher Bedeutung

Załącznik B
do Umowy
między Republiką Federalną Niemiec
a Rzeczpospolitą Polską
o budowie i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych
w ciągu federalnych linii kolejowych w Republice Federalnej Niemiec
i w ciągu linii kolejowych o znaczeniu państwowym w Rzeczypospolitej Polskiej

Die Vertragsparteien sind wie folgt übereingekommen:

1. Der deutschen Vertragspartei obliegt die Instandhaltung folgender Grenzbrücken:
 - a) Grenzbrücke über die Oder zwischen Neurüdnitz und Alt Rüdnitz (Siekierki) bei Stromkilometer 653,903*),
 - b) Grenzbrücke über die Oder zwischen Küstrin-Kietz und Küstrin (Kostrzyn) bei Stromkilometer 615,102,
 - c) Grenzbrücke über die Oder zwischen Frankfurt (Oder) und Kunersdorf (Kunowice) bei Stromkilometer 580,640,
 - d) Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße zwischen Hagenwerder und Reutnitz (Ręczyn) bei Stromkilometer 169,611,
 - e) Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße zwischen Hirschfelde und Rohnau (Trzciniec Zgorzelecki) bei Stromkilometer 186,281.
2. Der polnischen Vertragspartei obliegt die Instandhaltung folgender Grenzbrücken:
 - a) Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße zwischen Guben und Guben (Gubin) bei Stromkilometer 13,375,
 - b) Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße zwischen Guben und Gubinchen (Gubinek) bei Stromkilometer 17,625*),
 - c) Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße zwischen Forst und Teuplitz (Tuplice) bei Stromkilometer 51,935,
 - d) Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße zwischen Bad Muskau und Lugnitz (Łęknica) bei Stromkilometer 80,530*),
 - e) Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße zwischen Horka und Kohlfurt (Węglińiec) bei Stromkilometer 130,470,
 - f) Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße zwischen Görlitz und Görlitz (Zgorzelec) bei Stromkilometer 153,885,
 - g) Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße zwischen Ostritz (Krzewina Zgorzelecka) und Rohnau (Trzciniec Zgorzelecki) bei Stromkilometer 184,220,
 - h) Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße zwischen Ostritz (Krzewina Zgorzelecka) und Rohnau (Trzciniec Zgorzelecki) bei Stromkilometer 184,780.

Umawiające się Strony uzgodniły, co następuje:

1. Umawiająca się Strona niemiecka ma obowiązek utrzymania następujących granicznych obiektów mostowych:
 - a) most graniczny przez Odrę między Neurüdnitz i Siekierkami na 653,903 km prądu rzeki*),
 - b) most graniczny przez Odrę między Kietz i Kostrzynem na 615,102 km prądu rzeki,
 - c) most graniczny przez Odrę między Frankfurtem nad Odrą i Kunowicami na 580,640 km prądu rzeki,
 - d) most graniczny przez Nysę Łużycką między Hagenwerder i Ręczynem na 169,611 km prądu rzeki,
 - e) most graniczny przez Nysę Łużycką między Hirschfelde i Trzcińcem Zgorzeleckim na 186,281 km prądu rzeki.
2. Umawiająca się Strona polska ma obowiązek utrzymania następujących granicznych obiektów mostowych:
 - a) most graniczny przez Nysę Łużycką między Guben i Gubinem na 13,375 km prądu rzeki,
 - b) most graniczny przez Nysę Łużycką między Guben i Gubinkiem na 17,625 km prądu rzeki*),
 - c) most graniczny przez Nysę Łużycką między Forst i Tuplicami na 51,935 km prądu rzeki,
 - d) most graniczny przez Nysę Łużycką między Bad Muskau i Łęknica na 80,530 km prądu rzeki*),
 - e) most graniczny przez Nysę Łużycką między Horką i Węglińcem na 130,470 km prądu rzeki,
 - f) most graniczny przez Nysę Łużycką między Görlitz i Zgorzelcem na 153,885 km prądu rzeki,
 - g) most graniczny przez Nysę Łużycką między Krzewiną Zgorzelecką i Trzcińcem Zgorzeleckim na 184,220 km prądu rzeki,
 - h) most graniczny przez Nysę Łużycką między Krzewiną Zgorzelecką i Trzcińcem Zgorzeleckim na 184,780 km prądu rzeki.

*) Strecke stillgelegt

*) linia zamknięta

Denkschrift

I. Allgemeines

Nach Verhandlungen der beteiligten Regierungen wurde der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Bau und die Instandhaltung von Eisenbahngrenzbrücken im Rahmen eines Ministertreffens am 26. Februar 2008 in Frankfurt (Oder) unterzeichnet.

Der Vertrag regelt den Bau und die Instandhaltung von Grenzbrücken im Zuge von Schienenwegen des Bundes in der Bundesrepublik Deutschland, in der Republik Polen im Zuge von Eisenbahnstrecken mit staatlicher Bedeutung. Die betreffenden Brücken führen entweder über die Oder oder über die Neiße.

Im Rahmen des Vertrages wird der Bau bzw. die Instandhaltung der jeweiligen Grenzbrücke jeweils einem der Vertragspartner zugeordnet. Ziel ist es hierbei, klare Zuständigkeiten mit daraus folgenden einfacheren Verfahren zu erreichen.

II. Besonderes

Abschnitt 1 regelt den Gegenstand des Vertrages und definiert wichtige Begriffe.

Artikel 1 regelt den Gegenstand des Vertrages. Mit dem Vertrag sollen die Grundsätze über den Bau und die Instandhaltung von Eisenbahngrenzbrücken geregelt werden. Die Regelungen betreffen nur Brücken, die in der Bundesrepublik Deutschland zu den Schienenwegen des Bundes und in der Republik Polen zu Eisenbahnstrecken mit staatlicher Bedeutung gehören. Etwaige Brücken von Landeseisenbahnen oder sonstigen nichtbundeseigenen Eisenbahnen sind nicht von diesem Vertrag erfasst.

In den Anlagen A und B des Vertrages werden die von diesem Vertrag betroffenen Bauwerke im Einzelnen aufgeführt und jeweils einem der Vertragspartner in der Zuständigkeit für Instandhaltung bzw. Bau der Brücke zugeordnet.

Artikel 2 definiert wichtige Begriffe für diesen Vertrag. Definiert werden der „Bau von Grenzbrücken“, die „Instandhaltung von Grenzbrücken“, die „den Grenzbrücken zugehörigen Anlagen“, der „sichere Zustand“ sowie die „zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen“.

Durch die Definition wird zur Vermeidung von unterschiedlichem Begriffsverständnis für dieses Vertragswerk eine einheitliche Grundlage geschaffen.

Abschnitt 2 regelt den Bau von Grenzbrücken. Neben dem Bau neuer Grenzbrücken erfasst dies auch den Ersatz bestehender Grenzbrücken durch Erneuerung.

Artikel 3 regelt die Zuständigkeiten bei Erneuerung und Bau von Grenzbrücken. Hier wird auf Anlage A verwiesen, die die einzelnen Brückenbauwerke jeweils einem der Vertragspartner zuordnet. Eine Erneuerung von Grenzbrücken ist vorgesehen, wenn der technische Zustand eine weitere Instandhaltung nicht mehr rechtfertigt. In begründeten Fällen kann einvernehmlich eine

Brücke erweitert oder deren Tragfähigkeit erhöht werden oder eine neue Grenzbrücke gebaut werden.

Artikel 4 regelt die Anwendung der technischen Normen und Bauvorschriften, die für die einzelnen Bauwerke maßgebend sind. Hier gilt der Grundsatz, dass für Planung, Bau und Abnahme die Normen und Bauvorschriften des Vertragspartners gelten, welcher nach Anlage A des Vertrages für die Erstellung des jeweiligen Bauwerkes zuständig ist.

Beim Bau einer Grenzbrücke sind das Europäische Übereinkommen vom 31. Mai 1985 über die Hauptlinien des internationalen Eisenbahnverkehrs (Übereinkommen AGC) und das Europäische Übereinkommen vom 1. Februar 1991 über wichtige Linien des internationalen Kombinierten Verkehrs und damit zusammenhängende Einrichtungen (Übereinkommen AGTC) zu berücksichtigen. Ziel des Übereinkommens ist die Schaffung eines gleichartig zusammengesetzten (homogenen) und verzahnten (interoperablen) europäischen Schienennetzes. Um dieses Ziel zu erreichen, wird im Europäischen Übereinkommen über internationale Eisenbahnlinien (AGC) ein Netz von international bedeutsamen Eisenbahnlinien sowie auf diesen Strecken anzuwendende Infrastrukturparameter definiert. Das AGC wurde im Rahmen der Wirtschaftskommission für Europa (ECE) der Vereinten Nationen ausgearbeitet. Ziel des AGC ist die Schaffung eines homogenen, interoperablen europäischen Schienennetzes. Der Inhalt des Übereinkommens besteht aus dem Haupttext des Übereinkommens und zusätzlich der Definition eines Netzes von international bedeutsamen Eisenbahnlinien sowie der Definition von Infrastrukturparametern. Annex 2 (AGC-Parameter) legt unter anderem für diese AGC-Strecken folgende Ausbaugeschwindigkeiten (nominal minimum speed) fest: auf bestehenden bzw. auszubauenden Strecken 160 Stundenkilometer (km/h), auf neuen Strecken 300 km/h bei Strecken für reinen Personenverkehr und 250 km/h für Mischverkehr (Güter- und Personenverkehr).

Weiter sind die Richtlinie 96/48/EG des Rates vom 23. Juli 1996 über die Interoperabilität des transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsbahnsystems und die Richtlinie 2001/16/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2001 über die Interoperabilität des konventionellen transeuropäischen Eisenbahnsystems zu berücksichtigen. Diese beiden Richtlinien sind in der Bundesrepublik im Rahmen der Transeuropäischen – Eisenbahn – Interoperabilitätsverordnung (TEIV) in nationales Recht umgesetzt worden. Diese definiert die Zulassung von Komponenten und Genehmigung von Infrastrukturmaßnahmen im Schienenbereich im europäischen Kontext. Speziell wird festgelegt, ab welchem Ausbaumumfang eine europäische Zulassung notwendig wird. Nachgelagerte technische Bestimmungen im Sinne europäischer Normen sind die sog. TSI (Technische Spezifikationen Interoperabilität). Diese im nationalen Bereich verbindlichen Normen sollen auch beim Bau von Eisenbahngrenzbrücken im Sinne dieses Vertrages Berücksichtigung finden.

Einzelne Bauteile der zugehörigen Anlagen gemäß Artikel 2 können nach den technischen Vorschriften des jeweils anderen Vertragspartners eingerichtet werden. Durch

diese Vorschrift wird den systembedingten Eigenheiten der Bahnen Rechnung getragen. So ist es vielfach notwendig, zum Beispiel Teile der Leit- und Sicherungstechnik oder der Telekommunikation auf dem Hoheitsgebiet des jeweils anderen Staates zu installieren, um einen ordnungsgemäßen und sicheren Betrieb zu gewährleisten. Die Fortführung dieser üblichen Praxis wird durch die Regelung in Absatz 3 ermöglicht.

Absatz 4 legt ausdrücklich fest, dass die Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (ABl. EG Nr. L 175 S. 40), geändert durch die Richtlinie 97/11/EG vom 3. März 1997 (ABl. EG Nr. L 73 S. 5) und durch die Richtlinie 2003/35/EG vom 26. Mai 2003 (ABl. EU Nr. L 156 S. 17), Anwendung findet. Ferner wird ausdrücklich auf die Vereinbarung vom 11. April 2006 (vgl. BGBl. 2007 II S. 595) zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Durchführung des Übereinkommens vom 25. Februar 1991 (BGBl. 2002 II S. 1406; 2006 II S. 224) über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen im bilateralen Verhältnis hingewiesen.

Artikel 5 regelt die Bauabnahme der Grenzbrücken. Diese werden von der Behörde abgenommen, auf deren Hoheitsgebiet sich das jeweilige Teil des Bauwerkes befindet. Bei der Abnahme der Brücke werden somit jeweils deutsche und polnische Behörden tätig, da Grenzbrücken stets beide Hoheitsgebiete berühren. Die Abnahme richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, der der Bau der jeweiligen Grenzbrücke obliegt. Bei der Abnahme sind sowohl Vertreter der zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen als auch der bauausführenden Unternehmen zugegen. Damit wird eine unmittelbare Erörterung von offenen Fragen zum Bauwerk ermöglicht.

Artikel 6 regelt die Aufteilung der Baukosten für den Bau einer Grenzbrücke. Die Baukosten werden von der Vertragspartei getragen, welche nach Anlage A für den Bau zuständig ist. Damit werden die Baukosten einer Grenzbrücke in vollem Umfang jeweils einer Seite zugeordnet. Eine Aufteilung von Baukosten einer Grenzbrücke entfällt. Die Verteilung der Finanzierungskosten erfolgt im Rahmen der Zuordnung der Brücken gemäß Anlage A.

Absatz 2 regelt darüber hinaus, dass die Bestandsunterlagen einer Grenzbrücke, d. h. insbesondere Pläne und technische Unterlagen, der jeweils anderen Seite auf Antrag kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Damit soll ermöglicht werden, dass das mit dem Bau einer Brücke beauftragte Eisenbahninfrastrukturunternehmen alle bereits vorliegenden und für Planung und Bau notwendigen Unterlagen erhält.

Artikel 7 regelt das Zusammenwirken der Vertragsparteien. Ziel ist ein gemeinsames Vorgehen beim Bau von Grenzbrücken. Die Gemeinsame Arbeitsgruppe wird über den Fortgang der Arbeiten von den zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen informiert.

Abschnitt 3 regelt die Instandhaltung der Grenzbrücken.

Artikel 8 beschreibt die Grundsätze der Instandhaltung von Grenzbrücken. Welche Vertragspartei für welche Brücke zuständig ist, wird in Anlage B geregelt. Im Falle des Baus einer neuen Grenzbrücke ist die Vertragspartei für die Instandhaltung zuständig, der bereits der Bau obliegt. Hinsichtlich der den Grenzbrücken zugehörigen Anlagen wird den Eisenbahninfrastrukturunternehmen die Möglichkeit gegeben, schriftliche Absprachen über eine andere Zuordnung von Instandhaltungspflichten zu treffen. Damit wird sichergestellt, dass auch künftig praxisgerechte Verfahren, z. B. bei der Instandhaltung von Signalanlagen, im gegenseitigen Einvernehmen angewendet werden können.

Artikel 9 regelt die Durchführung der Instandhaltung. Hierbei ist das innerstaatliche Recht der Vertragspartei maßgebend, die für die Instandhaltung zuständig ist. Die Instandhaltungsarbeiten sind so durchzuführen, dass der Bahn- und Schiffsverkehr sowie der Hochwasser- und Eisabfluss möglichst wenig beeinträchtigt werden.

Artikel 10 regelt den Austausch von Unterlagen über die Grenzbrücken und zugehörigen Anlagen. Die Vertragsparteien haben einmalig den Anspruch, eine Ausfertigung der Unterlagen (Baupläne, Baubeschreibungen, sonstige technische Unterlagen) von der anderen Vertragspartei zu erhalten. Mit dem Austausch der Unterlagen wird ermöglicht, dass künftig beide Seiten über alle Grenzbrücken die grundlegenden Informationen erhalten können.

Artikel 11 regelt die Informationspflichten der Vertragsparteien. Die Vertragsparteien haben sich bei Arbeiten, die zu Einschränkungen des Bahnverkehrs führen, spätestens sechs Monate vorher zu informieren. Wenn der Eisenbahnverkehr durch die Instandhaltungsarbeiten nicht eingeschränkt wird, hat die gegenseitige Information spätestens zwei Wochen vor Beginn der Arbeiten zu erfolgen. Eine Zustimmung der anderen Vertragspartei ist nicht notwendig.

Artikel 12 regelt die Kostenverteilung bei der Instandhaltung der Grenzbrücken. Die nach Artikel 8 zuständige Vertragspartei trägt auch die Kosten der Instandhaltung.

Artikel 13 regelt die Durchführung von Prüfungen der Grenzbrücken. Die Vertreter der zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen führen die Prüfungen an den Brücken durch. Dabei gelten dessen nationale Rechtsvorschriften. Im Abstand von höchstens sechs Jahren werden gemeinsame Begehungen durchgeführt. Diese Besichtigungen der jeweiligen Grenzbrücke dienen der gemeinsamen Beurteilung des Zustandes der Brücke. Hierbei stellt das zuständige Eisenbahninfrastrukturunternehmen dem jeweils anderen Vertragspartner die Ergebnisse der letzten Prüfung spätestens zwei Wochen vor der Begehung zur Verfügung und erläutert diese während der Begehung ausführlich. Über die Begehung wird ein Protokoll in deutscher und polnischer Sprache angefertigt. Aus besonderem Anlass (z. B. Schiffsstoß) werden ebenfalls gemeinsame Begehungen durchgeführt.

Abschnitt 4 enthält allgemeine Bestimmungen zu dem Vertrag.

Artikel 14 behandelt die Informationspflicht des jeweils zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmens. Das zuständige Eisenbahninfrastrukturunternehmen informiert die Deutsch-Polnische Grenzkommission über den Bau einer Brücke sowie über größere Instandhaltungsmaßnahmen sowie die örtlich zuständigen Grenzbehörden über die Vorbereitung und den Beginn jeglicher Arbeiten an der jeweiligen Grenzbrücke.

Artikel 15 regelt das Betretungsrecht der Grenzbrücken anlässlich Bau, Instandhaltung, Prüfung und Begehung. Personen dürfen zum Bau, zur Instandhaltung, zur Prüfung und zur Begehung der Grenzbrücken die Staatsgrenze auch außerhalb der zugelassenen Grenzübergangsstellen überqueren. Ansonsten bleiben die aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen als gesetzliche Grundlage unberührt.

Die Regelungen bezüglich einer Arbeitserlaubnis richten sich auch für das jeweils andere Hoheitsgebiet im Bereich der Baustelle nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, welche nach Anlage A und B für den Bau oder die Instandhaltung der Grenzbrücke zuständig ist.

So könnte beispielsweise ein Arbeitnehmer aus einem Nicht-EU-Staat mit deutscher Arbeitserlaubnis zum Bau einer Grenzbrücke im Bereich der Baustelle auch auf polnischem Hoheitsgebiet ohne polnische Arbeitserlaubnis tätig sein.

Die Vertragsparteien verpflichten sich, Personen, die aufgrund des Vertrages in das jeweils andere Hoheitsgebiet gelangt sind und sich dort rechtswidrig aufhalten, jederzeit formlos zurückzunehmen. Fragen der Sicherheit und Ordnung werden mit den jeweils zuständigen Grenz- und Polizeibehörden einvernehmlich geregelt.

Die Regelung des Artikels 15 erlaubt einen einfachen und praxisgerechten Einsatz von Personen im Bereich der Grenzbrücke, ohne dass arbeits- und aufenthaltsrechtliche Belange beeinträchtigt werden. Diese Regelungen gelten für den Bau und die Instandhaltung von Grenzbrücken.

Artikel 16 behandelt die umsatzsteuerrechtliche Behandlung der Lieferungen und Leistungen beim Bau und der Instandhaltung der Grenzbrücken. Lieferungen und Leistungen im Bereich der Baustelle einer Grenzbrücke bei Instandhaltung oder Bau werden einheitlich nach dem Recht des Landes behandelt, welches für den Bau oder die Instandhaltung der Grenzbrücke zuständig ist. Dies gilt auch auf dem Hoheitsgebiet des jeweils anderen Vertragspartners im Bereich der Baustelle. Diese Regelung gilt für verbrauchssteuerpflichtige Energieerzeugnisse und elektrischen Strom entsprechend. Die Steuer- und Zollbehörden sind berechtigt, sich auf der Grenzbrückenbaustelle aufzuhalten und unterstützen sich gegenseitig. Die Regelung dient insgesamt der Vereinfachung der Abwicklung der Baumaßnahmen, da bei Bau und Instandhaltung die Besteuerung einheitlich erfolgt, ohne dass hinsichtlich der örtlichen Zuordnung der Lieferungen und Leistungen nach den jeweiligen Territorien unterschieden werden muss. Da diese Regelung ein Abweichen von der Richtlinie 2006/112/EG bedeutet, war eine Zustimmung des Rates erforderlich. Diese Zustimmung erfolgte am 22. Januar 2008.

Gemäß Absatz 4 unterliegen die zum Bau oder zur Instandhaltung von Grenzbrücken erforderlichen Waren bei ihrem Verbringen von Deutschland nach Polen bzw. von Polen nach Deutschland keinen Verboten oder Beschränkungen nach innerstaatlichem Recht. Derartige Beschränkungen sind denkbar z. B. für Sprengstoff, der zur Bauausführung erforderlich sein könnte und nach diesen Regelungen im Gesamtbereich der Grenzbrücke unabhängig vom Territorium verwendet werden könnte.

Gemäß den Absätzen 6 und 7 berühren die Regelungen weder den Vertrag über die Bestimmung der deutsch-polnischen Grenze vom 14. November 1990 noch das deutsch-polnische Doppelbesteuerungsabkommen vom 14. Mai 2003 in seiner jeweils gültigen Fassung.

Artikel 17 regelt den Datenschutz bei der Übermittlung und Verwendung personenbezogener Daten im Rahmen dieses Vertrages unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts.

Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle über die Verwendung der Daten. Die empfangende Stelle behandelt die Daten nach den Bedingungen der übermittelnden Stelle. Die übermittelnde Stelle kontrolliert die Richtigkeit der Daten und wahrt die Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den Umfang der Daten im Kontext des damit verfolgten Zwecks.

Artikel 18 beinhaltet arbeitsrechtliche Regelungen. Es finden die innerstaatlichen Regelungen entsprechend Richtlinie 96/71/EG (Entsenderichtlinie) Anwendung, die auf dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei gelten, auf dem die Tätigkeiten ausgeführt werden.

Artikel 19 definiert die Zuständigkeiten einer Gemeinsamen Arbeitsgruppe. Es wird eine deutsch-polnische Arbeitsgruppe gebildet, welche die Einhaltung der Bestimmungen des Vertrages kontrolliert. Die Gemeinsame Arbeitsgruppe besteht aus Vertretern der für Verkehr zuständigen Ministerien sowie aus Vertretern der Eisenbahninfrastrukturunternehmen. Die Vorsitzenden der Gemeinsamen Arbeitsgruppe sind Vertreter der Ministerien. Diese können Sitzungen einberufen. Die Gemeinsame Arbeitsgruppe unterbreitet Vorschläge für die Zuordnung der Bauwerke in den Anlagen A und B. Die Arbeitsgruppe fasst Vorschläge in gegenseitigem Einvernehmen.

Abschnitt 5 enthält die Schlussbestimmungen des Vertrages.

Artikel 20 beschreibt das Verfahren zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten. Diese sollen in der Gemeinsamen Arbeitsgruppe in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden beigelegt werden. Falls keine Einigung zustande kommt, kann der diplomatische Weg genutzt werden.

Artikel 21 regelt die Geltungsdauer des Vertrages. Dieser wird auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann frühestens nach 20 Jahren unter Einhaltung einer 5-jährigen Kündigungsfrist zum Jahresende gekündigt werden. Die lange Mindestvertragslaufzeit soll gewährleisten, dass im Zusammenhang mit den Verpflichtungen der

Vertragsparteien zum Bau von Grenzbrücken keine Benachteiligung durch frühzeitige Kündigung entsteht.

Artikel 22 regelt die Änderung und Ergänzung der Anlagen zu diesem Vertrag. Diese regeln die Zuständigkeiten der Vertragsparteien bei Bau und Instandhaltung der Grenzbrücken und können im Rahmen eines diplomatischen Notenwechsels geändert oder ergänzt werden. Damit besteht die Möglichkeit, ohne Änderung des Staatsvertrages die Anlagen zu ändern oder zu ergänzen.

Artikel 23 regelt das Inkrafttreten des Vertrages. Der Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden ausgetauscht. Der Vertrag tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Die Bestimmungen des Vertrages werden vom Tag seiner Unterzeichnung an nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts vorläufig angewendet. Ziel dieser Regelung ist es, den frühestmöglichen Bau von Grenzbrücken und die schnelle Verbesserung des Erhaltungszustandes von Grenzbrücken zu ermöglichen.

Da der Vertrag auf deutschem Hoheitsgebiet unterzeichnet wurde, wird die deutsche Vertragspartei den Vertrag beim Sekretariat der Vereinten Nationen unverzüglich nach seinem Inkrafttreten nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen registrieren lassen.

Anlage A regelt die Zuständigkeiten beim Bau der Grenzbrücken. Der deutschen Vertragspartei obliegt der Bau der Grenzbrücke über die Oder zwischen Frankfurt (Oder) und Kunersdorf (Kunowice) bei Stromkilometer 580,640. Der polnischen Vertragspartei obliegt der Bau der Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße zwischen Horka und Kohlfurt (Węglińiec) bei Stromkilometer 130,470.

Anlage B regelt die Zuständigkeit bei der Instandhaltung der Grenzbrücken. Deutschland und Polen sind in etwa für die gleiche Anzahl von Grenzbrücken zuständig.

Anlage 2

Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates

Der Nationale Normenkontrollrat hat den Entwurf des oben genannten Gesetzes auf Bürokratiekosten geprüft, die durch Informationspflichten begründet werden.

Mit dem Gesetz werden keine Informationspflichten eingeführt, geändert oder abgeschafft.

Der Nationale Normenkontrollrat hat daher im Rahmen seines gesetzlichen Prüfauftrags keine Bedenken gegen das Regelungsvorhaben.

